

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 4. April 2017 - Nr. 80/14 D 2

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

2,70 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Trump: Können Nordkorea-Krise auch allein lösen

anr. WASHINGTON, 3. April. Kurz vor seinem Treffen mit Staatspräsident Xi Jinping hat Donald Trump China gedroht, Amerika werde das Problem mit dem nuklear bewaffneten Nordkorea notfalls allein lösen. „Wenn China das Problem mit Nordkorea nicht löst, dann tun wir das“, sagte der Präsident der Zeitung „Financial Times“. Er appellierte aber an Peking, Pjöngjang zur Umkehr zu bewegen. Als Anreiz für China diene der Handel, sagte Trump ohne Erläuterung. Das Weiße Haus hält es für möglich, dass Nordkorea die Vereinigten Staaten bis 2020 mit einer Atomrakete treffen könnte. In dem Interview lobte Trump auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, die er im März in Washington getroffen hatte: „Ich mag sie wirklich. Und sie hat mir dasselbe gesagt.“ Trump lobte abermals den Beschluss der Briten, die EU zu verlassen, dämpfte aber seine Kritik an der Union. „Ich hätte gedacht, dass mehr (Länder Großbritannien) folgen würden, aber ich glaube wirklich, dass die Europäische Union sich jetzt zusammenrauft.“ Seit dem Brexit-Votum herrsche ein „neuer Geist“ des Zusammenhalts in der EU, sagte Trump. Das könne für Briten und die anderen Europäer „eine sehr gute Sache sein“. Trump wich der Frage aus, ob er sich von einem Sieg der französischen Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen bestärkt sehe. (Siehe Seite 2; Kommentar Seite 8.)



Nach der Explosion: Die U-Bahn in der Station „Technologisches Institut“

Foto AFP

Tote und Verletzte bei Anschlag auf St. Petersburger U-Bahn

Sprengsatz explodiert / Putin: Werden alles für die Aufklärung tun / Gabriel: Tief bestürzt

frs. MOSKAU, 3. April. Bei einem mutmaßlichen Terroranschlag auf die U-Bahn in der nordwestrussischen Metropole St. Petersburg sind am Montag mindestens zehn Personen getötet worden. Nach offiziellen Angaben wurden 47 weitere Personen verletzt, rund 20 wurden in Krankenhäusern behandelt. Das russische Fernsehen zeigte Bilder von Verletzten, die auf einem Bahnsteig lagen. Sanitäter und Mitreisende leisteten Erste Hilfe. In St. Petersburg wurde eine dreitägige Trauer ausgerufen.

Präsident Wladimir Putin, der am Montag zu Besuch in St. Petersburg war, sagte kurz nach der Explosion, man werde alles tun, um das Geschehen aufzuklären. Wie stets würden „alle Varianten“ in Betracht gezogen: „Alltägliche, kriminelle und vor allem Erscheinungen terroristischen Charakters – wir werden sehen. Die Ermittlungen in der nächsten Zeit werden alle Antworten auf das geben, was in dieser Tragödie passiert ist.“ Ein Ermittlungsverfahren wegen eines Terroranschlags wurde aufgenommen, doch zugleich

mitgeteilt, man ermittle in alle Richtungen.

Medien veröffentlichten Bilder eines Mannes mit schwarzer Kappe, dunklem Bart und in einem schwarzen Gewand, der als Tatverdächtiger gelte. Die Bilder wurden offenbar von der Videoüberwachung der U-Bahn aufgezeichnet. Angeblich wurde ein zweiter Sprengsatz an einer weiteren St. Petersburger U-Bahn-Station rechtzeitig entschärft. Die U-Bahn stellte ihren Betrieb ein. Der Petersburger Gouverneur Georgij Poltawtschenko teilte mit, er appelliere „an die Bürger von St. Petersburg und die Gäste der Stadt, im Lichte der Ereignisse wachsam und vorsichtig zu sein und sich verantwortlich zu verhalten“. In der Moskauer U-Bahn, wo vor gut sieben Jahren Selbstmordattentäterinnen Dutzende Menschen in den Tod gerissen hatten, wurden die Sicherheitsvorkehrungen verschärft. Seinerzeit hatten sich Islamisten aus dem Nordkaukasus zu den Anschlägen bekannt, wie auch zu weiteren Anschlägen in Russland. Das französische Innenministerium kündigte

an, auch in Paris die Sicherheitsvorkehrungen für den öffentlichen Nahverkehr zu verstärken.

Der Auswärtige Dienst der Europäischen Union sprach den Hinterbliebenen der Explosion sein Beileid aus. Die EU verurteile alle Gewalttaten auf das schärfste, hieß es in einer Mitteilung. Der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) teilte mit, „mit tiefer Bestürzung verfolge ich die furchtbaren Nachrichten“ aus St. Petersburg. Vieles deute „darauf hin, dass es sich um einen hinterhältigen Anschlag auf unschuldige Menschen handelt, die einfach nur ihrem Alltag nachgegangen sind. Ein solcher verbrecherischer Akt wäre durch nichts zu rechtfertigen. In diesen dunklen Stunden sind wir in Gedanken bei unseren Freunden in Russland, den Opfern und ihren Familien.“ Regierungssprecher Steffen Seibert schrieb auf Twitter: „Das sind furchtbare Nachrichten aus St. Petersburg. Unser Mitgefühl gilt allen Betroffenen und ihren Familien.“ Auch Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg kondolierte den Betroffenen „und dem russischen Volk“. (Siehe Seite 2.)

Lebenslange Haft für den Salafisten Marco G.

Düsseldorfer Gericht spricht Urteil nach versuchtem Anschlag auf Bonner Hauptbahnhof

reb. DÜSSELDORF, 3. April. Nach einem der längsten Terrorprozesse der vergangenen Jahre ist der Hauptangeklagte, der 30 Jahre alte Salafist Marco G., am Montag zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Zusätzlich stellte das Düsseldorfer Oberlandesgericht (OLG) die besondere Schwere der Schuld fest; damit ist ausgeschlossen, dass G. nach 15 Jahren auf freien Fuß kommt. In dem seit September 2014 laufenden Prozess ging es um einen gescheiterten Bombenanschlag auf den Bonner Hauptbahnhof im Dezember 2012 und ein vereiteltes Attentat auf den Vorsitzenden einer rechtsextremen Splitterpartei.

Wegen Mordversuchs wurden die drei Mitangeklagten von Marco G. zu Freiheitsstrafen zwischen neun und zwölf Jah-

ren verurteilt. Zudem sah das OLG es als erwiesen an, dass die drei Männer spätestens im Dezember 2012 gemeinsam mit dem ursprünglich aus Oldenburg stammenden Konvertiten Marco G. eine terroristische Vereinigung gegründet hatten, die noch weitere Anschläge verüben sollte.

Der 5. Strafsenat des OLG verhandelte in dem Prozess an insgesamt 155 Tagen, hörte 27 Sachverständige an und vernahm 157 Zeugen. Besonders ausführlich war die Konstruktion der Bombe erörtert worden. Der Sprengsatz war seinerzeit zur raschen Gefahrenabwehr mit einer Wasserkanone beschossen und unschädlich gemacht worden. Weil die Beamten der Spurensicherung unter den weitverstreuten Einzelteilen der Bombe keine

Zündvorrichtung finden konnten, hatte die Verteidigung die Auffassung vertreten, es habe sich lediglich um eine Attrappe gehandelt. Das OLG sah es nach Würdigung aller Umstände und Tatsachen am Montag allerdings als erwiesen an, dass Marco G. die Bombe mit einer selbstgebaute Zündvorrichtung versehen hatte. Der umfassende dokumentierte Internetverlauf auf dem Computer von Marco G. belege, dass er sich ausführlich mit dem Bau von Bomben und auch von Zündern, etwa aus Strohhalmen oder Kugelschreibern, befasst habe. G. habe die feste Arbeit gehabt, auf dem zur geplanten Tatzeit besonders belebten Bahnsteig 1 des Bonner Hauptbahnhofs eine Vielzahl von Personen zu töten, so das OLG. (Siehe Seite 3; Kommentar Seite 8.)

Bundesregierung plant kein „Islamgesetz“

BERLIN, 3. April (AFP). Die Bundesregierung sieht derzeit keinen Bedarf für ein „Islamgesetz“, wie es zuletzt von Politikern der CDU ins Gespräch gebracht wurde. Ein solches Gesetz sei „jetzt kein Thema für unser Regierungshandeln“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin. Auch die CDU-Führung reagierte zurückhaltend auf den Vorstoß aus den eigenen Reihen. Der Vorschlag des CDU-Präsidiumsmitglieds Jens Spahn war am Wochenende von anderen Unionspolitikern aufgegriffen worden. Spahn hatte darauf gedrungen, die Rechte und Pflichten der Muslime in Deutschland auf eine neue rechtliche Basis zu stellen. (Siehe Seite 4; Kommentar Seite 8.)

SPD verspricht Eltern neues Familiengeld

dc. BERLIN, 3. April. Berufstätige Paare, die kleine Kinder oder pflegebedürftige Angehörige haben, sollen nach Plänen der SPD künftig zwei Jahre lang ein Familiengeld von je 150 Euro im Monat erhalten. Bedingung ist, dass beide Partner im Beruf zwischen 26 und 36 Stunden in der Woche arbeiten. Dies sieht das Konzept einer „Familienarbeitszeit“ vor, das die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig am Montag in Berlin vorgestellt hat. Zudem sollen Beschäftigte nach Eintritt eines Pflegefalls in der Familie drei Monate lang im Beruf pausieren dürfen und dafür zwei Drittel ihres Verdienstaufschlags vom Staat ersetzt bekommen, so die Pläne der SPD. (Siehe Wirtschaft, Seite 15.)

Piëch verkauft Großteil seiner Porsche-Anteile

cag/magr. HAMBURG/FRANKFURT, 3. April. Der frühere Aufsichtsratsvorsitzende des Volkswagen-Konzerns Ferdinand Piëch wird sich von einem Großteil seiner Aktien an der Porsche SE Holding trennen. Das gab die Beteiligungsgesellschaft am Montag in einer Pressemitteilung bekannt. Demnach werde Piëch einen „wesentlichen Teil“ der von ihm gehaltenen Stammaktien der Porsche SE auf andere Mitglieder der Familien Porsche und Piëch übertragen. Zuletzt hielt der frühere VW-Manager 14,7 Prozent an der Holding, die wiederum die Mehrheit der Stimmrechte am Volkswagen-Konzern ausübt und damit das Geschäft des größten Autoherstellers der Welt mitbestimmt. (Siehe Wirtschaft, Seite 22.)

Terror in St. Petersburg

Von Klaus-Dieter Frankenberger

Noch kann man nur darüber spekulieren, wer die Täter und ihre Hintermänner waren. Ja, man kann auch nur mutmaßen, dass es sich bei den Explosionen in der U-Bahn in St. Petersburg um einen Terroranschlag gehandelt hat. Die Art der Zerstörung und die Berichte vom Schauplatz des grausamen Geschehens deuten allerdings auf Terror hin – Terror, wie er vor zwei Wochen London, im Dezember Berlin, im Juli Nizza, im März vergangenen Jahres Brüssel und Paris im November 2015 heimgesucht hat. Jetzt die russische Metropole St. Petersburg: Mindestens zehn Personen wurden in den Tod gerissen, Dutzende verletzt. Sie wurden Opfer von – mutmaßlich – politikriminellen Extremisten, die mit der Ermordung unschuldiger, ahnungsloser Fahrgäste irgendein Zeichen in irgendeinem Krieg setzen wollten.

Die Opfer hielten sich an einem Ort auf, den Fachleute ein „weiches Ziel“ nennen, eines, das die Sicherheitsbehörden nicht vollständig zu schützen in der Lage sind. Was könnte daher hinter der Tat in einer Stadt stecken, die am Tag des Anschlags vom russischen Präsidenten Wladimir Putin be-

sucht wurde? Ist es genau dieses Zeichen, das die Täter setzen wollten: Am Tag des Besuchs des Präsidenten in St. Petersburg schlagen wir zu? Soll es um dessen Brückierung gehen? Mit den Anschlägen, die vor Jahren etwa auf die Moskauer U-Bahn verübt worden waren, wurden islamistische Tschetschenen in Verbindung gebracht, die sogenannte Selbstmordattentäter einsetzten. Möglich, dass auch die Mordtat von St. Petersburg einen tschetschenischen Hintergrund hat. Aus diesem Milieu könnten auch Täter stammen, die sich dem Dschihadismus des „Islamischen Staats“ verschrieben haben. Auf das Konto des IS geht wahrscheinlich der Anschlag auf ein russisches Verkehrsflugzeug Ende Oktober 2015. Kurz zuvor hatte Russland an der Seite des Diktators Assad in den syrischen Bürgerkrieg eingegriffen: Massenmord an Unschuldigen als perverse Vergeltungsaktion.

Viele Länder sind in den vergangenen Monaten das Ziel islamistisch inspirierter Terroristen geworden, westliche Demokratien ebenso wie autoritär regierte Staaten an der europäischen Peripherie. Die Gründe für die jeweilige Tat und die Motive der Täter mögen verschieden sein. Aber die Erschütterung über die Verbrechen ist grenzüberschreitend. Für Terror kann es keine Rechtfertigung geben.

Die Stabilokraten des Balkans

Von Michael Martens

Der Balkan ist mehr als eine Route. Die Migrationswelle im folgenden Jahre 2015 hat zwar kurzzeitig wieder die Aufmerksamkeit auf Südosteuropa gelenkt, doch war das Interesse meist oberflächlicher Art. Es galt der Region als Durchmarschgebiet oder Glacis an den Außengrenzen der EU, aber nicht den Staaten selbst. Dabei hat die Migrationskrise eine geographische Binsenweisheit in Erinnerung gerufen: Jener Teil Europas, der während des kriegerischen Zerfalls Jugoslawiens in den neunziger Jahren die Weltpolitik in Atem hielt, liegt direkt vor der Haustür der EU. In Gestalt der beiden Länder Slowenien und Kroatien gehört er ihr sogar an. Was im Südosten des Kontinents geschieht, bleibt selten ohne Folge für dessen reichen Nordwesten.

Einige europäische Politiker sind es zufrieden, wenn die Staaten der Region die ihnen zugeordnete Rolle als Bollwerk gegen Migrationsströme erfüllen und ansonsten nicht weiter stören. Mazedonien, Bulgarien und Ungarn haben solche Erwartungen insoweit bedient, als sie Grenzzäune errichtet und den Kontinent im Wortsinne unwegsam gemacht haben. Zum Dank dafür waren in Brüssel und in einigen europäischen Hauptstädten viele bereite, dubiose politische Führer wie den früheren mazedonischen Regierungschef Nikola Gruevski zu akzeptieren. Über autoritäres Gebaren und den Bruch rechtsstaatlicher Grundsätze sah man im Namen von Stabilität und gesicherten Grenzen hinweg.

Doch diese Strategie birgt Risiken und ist nur bedingt effektiv. Zwar ist die Balkan-Route nicht mehr so einladend wie noch in Europas Jahr der offenen Tür 2015 – doch so „geschlossen“ wie behauptet ist sie auch nicht. Überall auf dem Balkan sind Netzwerke entstanden, die auf bestehende Strukturen zurückgreifen und Migranten, die sich das leisten können, über die „geschlossenen“ Grenzen der Region schleusen. Möglich wird das auch deshalb, weil korrupte Eliten in Staaten wie Mazedonien am Schleusergeschäft mitverdienen. Sie bieten sich dem reichen Europa als Grenzschilder an und dürfen dafür im eigenen Land weitgehend unbehelligt walten. Die Folge: In denselben Staaten, die vermeintlich europäische Außengrenzen sichern, bilden sich mit Duldung oder gar Beteiligung des Staates kriminelle Organisationen, die ebendiese Grenzen durchlöchern.

Für die Staaten der Region, die zwar keine Diktaturen sind, in denen aber um einer vermeintlichen Stabilität willen demokratische und rechtsstaatliche Standards dauerhaft verletzt werden, hat sich ein Neologismus eingebürgert: Von „Stabilokratien“ ist die Rede. Doch stabil ist eine Stabilokratie eben immer nur auf Zeit, wie das Beispiel Mazedonien zeigt. Dort schreckt der abgewählte, in Teilen der Bevölkerung aber weiter-

hin populäre Autokrat Gruevski selbst vor der Gefahr gewaltsamer Zusammenstöße nicht zurück, um am Ruder zu bleiben. Für ihn steht mehr auf dem Spiel als ein in Demokratien üblicher Machtwechsel. Gruevski muss fürchten, von derselben politisierten Justiz, die er schuf, angeklagt und eingesperrt zu werden, wenn seine Gegner erst die volle Kontrolle über sie erlangt haben.

In Serbien, dem größten der sieben Nachfolgestaaten Jugoslawiens, ist die Lage zwar besser als in Mazedonien, aber dennoch bedenklich. Die Mehrheit, mit der Regierungschef Aleksandar Vučić die Präsidentenwahl gewonnen hat, ist echt. Vučić ist bei vielen Serben wirklich beliebt. Auch ohne die systematische Beeinflussung der meis-

Gegen die autoritäre Versuchung: Eine Region braucht Partner, nicht Desinteresse.

ten Massenmedien des Landes hätte er die Präsidentenwahl gewonnen, wenn auch womöglich nicht in der ersten Runde. Vučić hat Strukturreformen in der Wirtschaft eingeleitet, die alles andere als populär sind, aber erste Früchte tragen. Er bekundet, dass er Serbien weiter reformieren und in die EU führen wolle. Auf diesem Weg hat er Unterstützung verdient.

Die EU sollte es Vučić aber zugleich erleichtern, der autoritären Versuchung zu widerstehen, indem sie genauer als bisher hinsieht, was sich in Serbien jenseits der proeuropäischen Rhetorik abspielt. Sie kann einiges tun: Unterstützung für unabhängige journalistische Plattformen oder Stipendien für investigative Journalisten können große Wirkung haben. Die Förderung von Bürgerinitiativen wie etwa Wahlbeobachtungsmissionen oder Programmen zur Stärkung der Unabhängigkeit staatlicher Institutionen ebenfalls. Serbien hat ein Antikorruptionsamt, das gute Arbeit leisten könnte, wenn es von einer unabhängigen Persönlichkeit geführt würde, die Rückhalt in Europa genösse.

Dass Vučić oder seine Herausforderer sich Russland zuwenden, sollte die EU allzu streng werden, ist kaum zu befürchten. Vučić und eine Mehrheit der serbischen Wähler wissen genau, was Moskau bieten kann – und vor allem, was es nicht bieten kann. Von Drohungen mit dem russischen Schreckgespenst sollte sich Europa deshalb nicht ins Bockshorn jagen lassen. Schon gar nicht darf es dazu dienen, Abstriche bei den Mindestanforderungen an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu machen. Partner, die Stabilität versprechen, aber Autokratie bringen, sind gefährlich. Die Partner der EU auf dem Balkan sollten Demokraten sein, nicht Stabilokraten.

Heute

Ist Facebook noch zu helfen?

Gruner + Jahr-Chefin Julia Jäkel wundert sich: Der Netzkonzern umorgt die Welt, kapituliert aber vor Fake News. **Feuilleton Seite 9**

Frankreich in Haft

Die Gefängnisse des Landes sind überfüllt und eine Brutstätte des Islamismus. Ihr oberster Verwalter gibt auf. Und Paris? **Politik, Seite 3**

Serras federleichter Stahl

In Wiesbaden wird das Frühwerk eines der großen Raumkünstler ausgestellt: Richard Serra bezaubert zuverlässig. **Feuilleton, Seite 11**

Teheraner Träume

Anfang 2016 wurden Sanktionen gegen Iran aufgehoben, die Wirtschaft freute sich. Einige Ernüchterung folgte. **Wirtschaft, Seite 16**

Todesfälle und Ausbeutung

Auf russischen WM-Baustellen werden Gesundheits- und Sicherheitsstandards anhaltend unterlaufen. **Sport, Seite 27**

Scheibengeister

Kunst und Kultur am 1500 Grad heißen Ofen: Mundgeblasenes Flachglas gibt es nur noch in einer Hütte. **Technik und Motor, Seite T1**

Briefe an die Herausgeber **Seite 6**

Ankara will Zugang zu Yücel gewähren

sat. BERLIN, 3. April. Nach wochenlanger Haft in der Türkei soll Deutschland am Dienstag konsularischen Zugang zum deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel erhalten. Das habe die Regierung in Ankara mitgeteilt, sagte Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) am Montag. Er selbst habe am Freitag den türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu bei einem Nato-Treffen in Brüssel an das Versprechen erinnert, das der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım der Bundeskanzlerin gegeben habe. (Siehe Seite 4.)



